Demokratie muss lernen können

Bildung als demokratische Infrastruktur entfalten

© Koops, Maike (2026) Impulspapier · Global Education Hub

Abstract

Die Wahlen im September 2026 haben vertraute politische Bindungen erschüttert: Die CDU verlor in mehreren Ländern erheblich, die AfD gewann deutlich. Wahlergebnisse entscheiden über Macht, erklären aber nicht von selbst, weshalb Menschen so gewählt haben. Dieses Impulspapier fragt, wie Demokratie gelernt wird und ob Wahlen dafür ein guter Lernfall sind. Es persönliche Urteilskraft mit der Fähigkeit politischer Institutionen, Einwände aufzunehmen und Entscheidungen zu überprüfen. Im Blick sind frühe Erfahrungen mit Mitsprache, Schule, Ausbildung und Erwachsenenbildung sowie Bürgerdialoge, Verwaltungen und Wissenschaft. Entscheidend ist, welche Lerngelegenheiten und Korrekturwege zwischen den Wahlen verlässlich offenstehen.

1. Die Wahl als Lernfall

Wie lernt man Demokratie? Sind Wahlen ein guter Lernfall? Der September 2026 macht die Frage dringlich. In Sachsen-Anhalt erhielt die AfD 43,8 Prozent der Zweitstimmen und 39 von 83 Mandaten; drei Sitze fehlten zur absoluten Mehrheit. Der Landesverfassungsschutz stuft ihren Landesverband als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ ein. Das ist eine behördliche Bewertung der Partei, keine pauschale Diagnose ihrer Wählerinnen und Wähler.[1]

Der Einschnitt besteht nicht allein im Zugewinn der AfD. Die CDU, 2021 mit 37,1 Prozent stärkste Kraft in Sachsen-Anhalt, fiel auf 17,2 Prozent und von 40 auf 15 Mandate. In Mecklenburg-Vorpommern verfehlte sie mit 4,9 Prozent den Landtag; die AfD wurde dort mit 38,2 Prozent stärkste Kraft. In Berlin verlor die CDU 9,5 Prozentpunkte. Dort gewann Die Linke mit 25,7 Prozent, während die AfD auf 16,3 Prozent zulegte. Die Lagen unterscheiden sich, doch in allen drei Ländern geraten vertraute politische Bindungen sichtbar in Bewegung.[2]

Eine Wahl entscheidet über Macht. Sie liefert aber keine fertige Erklärung für die Entscheidung. Der Absturz einer Partei beweist nicht, wohin ihre früheren Stimmen gewandert sind. Wahlbefragungen wie die der Forschungsgruppe Wahlen erkunden politische Motive, Themen und Bewertungen; sie geben wichtige Hinweise auf Zustimmung und Enttäuschung, aber keine vollständige Erklärung jedes einzelnen Votums. Wer die Ergebnisse als bloße Schwankung im Parteienwettbewerb behandelt, verliert gerade das aus dem Blick, was daran zu lernen wäre. Welche Probleme haben Parteien übersehen oder unzureichend beantwortet? Welche Antworten wurden angeboten, und welche Folgen haben sie?[3]

Die Frage gilt zunächst den Parteien. Nach einem solchen Ergebnis reicht es nicht, den Wählerinnen und Wählern mangelnde Einsicht zu bescheinigen oder nur an der Ansprache zu feilen. Parteien müssen prüfen, ob sie Konflikte richtig beschrieben, Interessen glaubwürdig vertreten und die Folgen eigener Entscheidungen ernst genommen haben. Regierungen und Verwaltungen müssen fragen, wo ihre Versprechen im Alltag nicht ankommen. So wird eine Wahl zu einem möglichen Lernanlass für die Institutionen selbst.

Zugleich verlangt das Ergebnis ein politisches Urteil. Die Stimmen für eine Partei mit der genannten Einstufung sind in einem freien Wahlverfahren abgegeben worden und verändern reale Machtverhältnisse. Die unterschiedlichen Gründe einer Wahlentscheidung sind ernst zu nehmen. Ebenso ernst sind die Inhalte und möglichen Folgen des gestärkten politischen Angebots. Erfahrungen anzuhören, heißt nicht, Ausgrenzung als Antwort auf sie hinzunehmen. Menschenwürde und gleiche Rechte geben dem Streit einen verbindlichen Rahmen.

Hier beginnt die Bildungsfrage. Sie richtet sich nicht nur an Menschen, die eine bestimmte Partei gewählt haben. Alle, die urteilen, entscheiden oder Öffentlichkeit gestalten, müssen zwischen einer Erfahrung und ihrer politischen Deutung unterscheiden können. Sie brauchen Wissen, die Fähigkeit zur Selbstprüfung und Gelegenheit, Gegengründe auszuhalten. Bildung kann diese Fähigkeiten fördern; sie kann weder eine versäumte politische Entscheidung ersetzen noch ein erwünschtes Wahlergebnis herstellen.

Bildung wird in diesem Impuls als Entwicklung von Mündigkeit verstanden. Kant verband Aufklärung mit dem Mut, den eigenen Verstand ohne fremde Leitung zu gebrauchen, und sprach von „selbstverschuldeter Unmündigkeit“. Menschen sollen Erfahrungen einordnen, Behauptungen prüfen und ein eigenes Urteil bilden können. Ungleiche Lernmöglichkeiten und fehlende Mitsprache dürfen dabei nicht zur Schuld Einzelner erklärt werden. Persönliche

[1] Die Einstufung betrifft den AfD-Landesverband in Sachsen-Anhalt. Sie ist eine behördliche Bewertung, keine Parteiverbotsentscheidung.

[2] Veränderungen in Prozentpunkten bezeichnen Stimmenanteile, keine Wählerwanderungen. Die vorläufigen und endgültigen Ergebnisstände sind im Literaturverzeichnis getrennt ausgewiesen.

[3] Die Forschungsgruppe Wahlen (2026) stützt ihre Analyse auf Befragungen vor und am Wahltag und untersucht unter anderem Unzufriedenheit, Parteibewertungen und Themen.

Urteilskraft und institutionelle Korrektur gehören zusammen.[4]

Sind Wahlen also ein guter Lernfall? Ja, wenn aus dem gezählten Ergebnis mehr folgt als eine neue Mehrheitsrechnung. Entscheidend ist die Zeit zwischen den Wahlen. Dort zeigt sich, ob eine Demokratie Rückmeldungen in begründetes Handeln übersetzen kann.

2. Was eine Wahl sichtbar macht

Das Ergebnis markiert einen Einschnitt; es erklärt noch nicht, welche Erfahrungen und Konflikte darin zusammenlaufen. Gesellschaftlicher Wandel trifft Menschen nicht gleichzeitig und nicht auf dieselbe Weise. Ein digitaler Verwaltungsweg kann Zeit sparen oder den Zugang zu einer Leistung erschweren. Der Umbau eines Betriebs schafft neue Tätigkeiten und entwertet womöglich vertraute Erfahrung. Wer eine Entscheidung politisch für notwendig hält, kann ihre Folgen im eigenen Alltag trotzdem als Belastung erleben. Aus keiner dieser Erfahrungen folgt eine bestimmte Wahlentscheidung. Sie sind aber der Stoff, aus dem politische Urteile gebildet werden.

Wenn sich Lebenswirklichkeiten auseinanderentwickeln, geraten auch ihre Beschreibungen in Streit. Was gilt überhaupt als Problem? Wessen Erfahrung zählt als Wissen über die Lage des Landes? Welche Veränderung verspricht Fortschritt, und wer trägt ihre Kosten? Pluralität verlangt nicht, dass alle dieselbe Antwort finden. Sie verlangt einen politischen Raum, in dem gegensätzliche Antworten aufeinander treffen und an überprüfbaren Folgen gemessen werden können.

Der Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt stützt seine Einstufung des AfD-Landesverbands unter anderem auf dessen ethnisch definiertes Volksverständnis und die nach Einschätzung der Behörde damit verbundene Abwertung bestimmter Bevölkerungsgruppen.[5]

Die Mitte-Studie 2024/25 zeigt, warum demokratisches Selbstverständnis und Vertrauen in demokratische Praxis unterschieden werden müssen. 79 Prozent der Befragten bezeichneten sich als überzeugte Demokratinnen und Demokraten; 52 Prozent meinten, die Demokratie funktioniere im Großen und Ganzen gut. Das sind keine Daten über die Wählerschaft des Septembers 2026.[6] Die Befunde zeigen eine Spannung: Kritik an der tatsächlichen Praxis kann innerhalb einer demokratischen Haltung entstehen. Mit einem grundsätzlichen Bekenntnis zur Demokratie ist umgekehrt noch nicht geklärt, welches Verständnis ihrer Regeln damit verbunden wird.

Wer eine Behörde nicht erreicht oder nach einer Beteiligung keine Antwort erhält, kann daraus den Eindruck gewinnen, „vom Staat“ nicht ernst genommen zu werden. Diese Erfahrung lässt sich nicht mit dem Hinweis auf getrennte Zuständigkeiten erledigen. Für eine Korrektur müssen sie dennoch geklärt werden: Liegt das Problem in einem politischen Beschluss, einer gesetzlichen Vorgabe oder der administrativen Umsetzung? In der Gewaltenteilung setzt das Parlament den gesetzlichen Rahmen, Regierung und Verwaltung handeln innerhalb dieses Rahmens, und Gerichte können die Wahrung von Rechten überprüfen. Ein zuständiges Amt kann einen Zugang verändern; eine Regierung muss die Folgen ihrer Entscheidung prüfen. Parteien wiederum können andere Lösungen anbieten. Erst diese Unterscheidung macht aus einer allgemeinen Enttäuschung eine bearbeitbare Frage.

Überprüfbare Informationen sind unverzichtbar. Demokratische Verständigung verlangt zugleich, dass Institutionen die Erfahrungen berücksichtigen, auf die sich politische Urteile stützen, und die Folgen ihres Handelns prüfen.

3. Demokratie muss sich korrigieren können

Die Möglichkeit zur Korrektur gehört zu den Grundlagen demokratischer Ordnung. Regierungen können abgewählt, Gesetze geändert, staatliche Entscheidungen gerichtlich überprüft werden. Opposition und Öffentlichkeit können Widerspruch sichtbar halten. Solche Verfahren schützen die Offenheit politischer Entscheidungen. Sie garantieren jedoch nicht, dass aus Kritik auch gelernt wird.7

In Sachsen-Anhalt ist die Regierungsbildung unter diesen Mehrheitsverhältnissen ein politischer Ernstfall. Der Landtag hatte bereits vor der Wahl Regeln verändert, um seine Arbeitsfähigkeit bei veränderten Mehrheiten zu sichern. Das ist eine Antwort auf Verfahrensfragen. Es beantwortet noch nicht, wie Abgeordnete und Parteien parlamentarische Rechte, den Schutz gleicher Rechte und ihre politische Verantwortung im Umgang mit dem Wahlergebnis

[4] „Mündigkeit“ und die Verbindung persönlicher Urteilskraft mit institutioneller Lernfähigkeit sind die Arbeitsbestimmung dieses Impulses; vgl. Kant (1784) und Council of Europe (2018).

[5] Vgl. Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt: Verfassungsschutz, Themenfeld Rechtsextremismus, „Rechtsextremistische Parteien“.

[6] Zick et al. (2025), S. 185–186, Abb. 5.1: bundesweite Befragung von 2.001 Erwachsenen. Selbstbeschreibung und Funktionsbewertung sind verschiedene Fragen.

[7] „Korrigierbarkeit“ bezeichnet hier das Zusammenspiel der im Grundgesetz verankerten Rechte und Verfahren, insbesondere Art. 5, 19 Abs. 4, 20, 38 und 67.

zusammenbringen. Verfahren geben dafür einen Rahmen, aber keine automatische Lösung.[8]

Die Frage nach Zusammenarbeit oder Abgrenzung gegenüber der AfD ist deshalb mehr als Koalitionsarithmetik. Eine solche Entscheidung hat Folgen für die Anerkennung ihres politischen Angebots und für die Glaubwürdigkeit demokratischer Grenzen. Politische Akteure müssen ihre Gründe und die absehbaren Folgen offenlegen. Weder die Formel von der „Brandmauer“ noch deren Aufkündigung nimmt ihnen diese Verantwortung ab.

Konflikte können zeigen, was eine bisherige Entscheidung übersehen hat. Im Streit um die Schließung einer Bibliothek können die Kosten strittig sein, die Folgen für den Zugang zu Bildung oder die Bedeutung des Ortes für eine Gemeinde. Zahlen beantworten diese Fragen nicht allein. Lernen beginnt damit, den Streitgegenstand zu klären und bislang übergangene Erfahrungen zugänglich zu machen. Geht es um Tatsachen, die Verteilung von Kosten oder unterschiedliche Wertmaßstäbe? Persönliche Abwertung und Einschüchterung erschweren es, Einwände als mögliche Erkenntnis aufzunehmen.

Wie aus einem Einwand tatsächlich eine Prüfung wird, entscheidet sich im Umgang von Institutionen mit den Menschen, die ihnen widersprechen. Die Fähigkeit, Widerspruch aufzugreifen und eigene Entscheidungen zu überprüfen, ist auch eine Bildungsfrage.

Diese Aufgabe betrifft nicht allein kommende Generationen. Wo Verständigung abgebrochen ist oder Beteiligung als folgenlos erfahren wird, genügt der Verweis auf eine bessere Erziehung in der Zukunft nicht. Auch Erwachsene brauchen Gelegenheiten, Erfahrungen neu einzuordnen und Handlungsspielräume zu erschließen. Die Einrichtungen, in denen diese Erfahrungen entstehen, müssen sich ebenfalls überprüfen lassen. Bildung ist nicht der Reparaturbetrieb der Demokratie. Sie ist Teil ihrer Lerninfrastruktur – auch dort, wo heute Korrekturen gebraucht werden.

Orientierung heißt in solchen Lagen, Erfahrung und Wissen mit Urteil und Handlung zu verbinden. Was ist belegt, was bleibt unsicher? Welche Interessen und Werte stehen einander gegenüber, welche Rechte setzen Grenzen? Wer kann entscheiden, und welche Alternativen sind tatsächlich offen? Bildung unterstützt diese Klärung und die Bereitschaft, das eigene Urteil zu revidieren. Sie schafft Voraussetzungen, um auch bei verbleibendem Widerspruch begründet zu handeln.

4. Urteilen, wenn Gefühle ins Spiel kommen

Nach der Wahl in Sachsen-Anhalt erklärte Bundeskanzler Friedrich Merz, Reformen müsse man „nicht nur rational begründen, sondern emotional vermitteln“. Die CDU dokumentierte die Äußerung am 7. September 2026.[9] Sie benennt eine Aufgabe politischer Kommunikation. Für Bildung stellt sich die andere Seite der Frage: Wie können Menschen eine solche Ansprache einordnen, gerade wenn sie sie emotional berührt?

Politische Botschaften sprechen Gefühle an. Das ist weder neu noch an sich problematisch. Angst kann auf eine reale Gefahr aufmerksam machen, Ärger auf erfahrene Ungerechtigkeit, Hoffnung auf eine mögliche Veränderung. Wer über gesellschaftliche Konflikte nur in der Sprache nüchterner Befunde redet, lässt einen Teil ihrer Wirklichkeit aus. Die Frage beginnt dort, wo ein Gefühl bereits als Beweis für eine bestimmte Erklärung gelten soll.

Eine Sorge um die eigene Zukunft kann begründet sein, ohne dass die angebotene Schuldzuweisung zutrifft. Umgekehrt verschwindet die Sorge nicht dadurch, dass eine Behauptung widerlegt wird. Manipulative Ansprache kann an dieser Stelle eine verständliche Reaktion mit einer scheinbar eindeutigen Ursache, einem Feindbild oder einer falschen Alternative verbinden. Das ist keine Aussage über Merz’ Absicht. Es ist die Frage, wie emotionale Ansprache prüfbar bleibt.

Selbstreflexion ist ein Teil dieser Orientierung. Sie schafft einen Augenblick Abstand zwischen Reaktion und Urteil. Was an einer Botschaft überzeugt mich gerade: ihre Gründe oder die Erleichterung, dass sie meinen Ärger aufgreift? Was weiß ich über das behauptete Ereignis? Würde ich dieselbe Erklärung ebenso leicht annehmen, wenn sie von einer Person käme, der ich nicht vertraue? Solche Fragen verlangen keine Gefühllosigkeit und sind kein Ausweis politischer Überlegenheit. Sie nehmen Gefühle ernst genug, um sie nicht der erstbesten Deutung zu überlassen.

Experimente mit US-amerikanischen Online-Stichproben zeigen, dass die Aufforderung, sich bei der Bewertung von Nachrichten stärker auf Gefühle zu verlassen, die Zustimmung zu falschen Überschriften erhöhen kann. Andere Untersuchungen fanden, dass kurze Erklärvideos das Erkennen bestimmter Manipulationstechniken verbessern. Beides sind begrenzte Befunde über Informationsbewertung, keine Erklärung für eine Wahlentscheidung und kein

[8] Reformziel und tatsächliche Wirkung der Parlamentsreform sind zu unterscheiden; zum freien Mandat Art. 38 Abs. 1 GG.

[9] Der Ausschnitt aus Merz’ Äußerung begründet keine Aussage über Manipulationsabsicht oder nachgewiesene Kommunikationswirkung.

Versprechen dauerhafter Immunität. Sie zeigen aber, dass einzelne Schritte der Prüfung einer Botschaft erlernbar sind.[10]

Selbstbeobachtung allein genügt dafür nicht. Ob ein Bild aus seinem Zusammenhang gerissen wurde oder eine behauptete Ursache belegt ist, entscheidet sich an Quellen und Sachwissen. Ebenso wenig ist ruhiges Abwägen jederzeit gleich leicht verfügbar. Die Stressforschung beschreibt, dass akuter Stress kognitive Funktionen beeinträchtigen kann; daraus folgt keine psychologische Diagnose politischer Überzeugungen.[11] Bildung braucht deshalb Gelegenheiten, in denen Menschen sowohl die äußere Behauptung als auch die eigene Reaktion darauf befragen können.

Auch das Interesse an Selbstreflexion verdient Aufmerksamkeit. Die Bestsellerpräsenz von Stefanie Stahls „Das Kind in dir muss Heimat finden“ und Verena Königs „Trauma und Beziehungen“ könnte auf ein Lerninteresse hindeuten, das in persönlichen Lebensfragen Ausdruck finde[12] Anbieterangaben zu Bucherfolgen belegen allerdings weder die Motive der Lesenden noch demokratische Wirkungen. Wie lässt sich persönliches Selbstverstehen mit der Prüfung eigener Wahrnehmungen im öffentlichen Streit verbinden?

PISA, die OECD-Erhebung SSES und ICCS untersuchen unterschiedliche Ausschnitte von Bildung: fachliche Kompetenzen und Lernbedingungen, soziale und emotionale Fähigkeiten sowie politisches Wissen, Einstellungen und Teilhabe junger Menschen.[13] Ihre Befunde müssen im Zusammenhang gelesen werden, ergeben aber keinen gemeinsamen Messwert für demokratische Reife.

PISA ist ein wiederkehrender Bezugspunkt bildungspolitischer Debatten. Zu klären bleibt, wie das Interesse an Selbstreflexion mit Bildungsforschung und öffentlichen Lernmöglichkeiten verbunden werden kann.

Eine lernfähige Demokratie braucht keine Menschen, die unberührbar sind. Sie braucht Menschen, die auch dann Gründe prüfen und Widerspruch aushalten können, wenn etwas sie berührt. Wie diese Fähigkeit entsteht, hängt nicht nur von einzelnen Kursen oder Schulstunden ab. Entscheidend sind auch die Erfahrungen, die Menschen damit machen, ob ihre Stimme zählt.

5. Gleiche Stimmen – ungleiche Lernerfahrungen

Die Gleichheit der Stimmen bedeutet nicht, dass Menschen unter gleichen Bedingungen lernen, ihre Stimme zu gebrauchen. Der erste Zugang zu Mitsprache und Begründung liegt lange vor dem Gang zur Wahlurne.

Ein Streit um ein Spielzeug kann damit enden, dass das stärkere Kind es behält. Er kann auch so begleitet werden, dass beide Wünsche zur Sprache kommen und nach einer Regel gesucht wird. Bei der Bitte um ein Eis geht es nicht nur darum, ob sie erfüllt wird. Zählen Gründe? Wird eine Grenze verständlich? Darf das Kind nachfragen, ohne dass die Beziehung auf dem Spiel steht? Diese möglichen Alltagsszenen sind keine Wahlerklärung. Sie zeigen, worum es bei frühen Erfahrungen mit Macht, Widerspruch und eigener Einflussmöglichkeit gehen kann.

Ihre demokratische Bedeutung erschließt sich jedoch nicht von selbst. Eine Familie ist kein Parlament, eine Schulklasse kein Staat. Übertragbar ist eine Frage, nicht einfach die damalige Lösung: Wer entscheidet, wer darf widersprechen, und wie werden die Rechte anderer berücksichtigt? Bildung kann helfen, solche Fragen in verschiedenen Zusammenhängen wiederzuerkennen. Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) betont am Beispiel gesellschaftlichen Engagements, dass der Übergang von sozialer Erfahrung zu politischem Lernen gezielte Begleitung und Nachbereitung braucht.[14]

Bildung darf dabei nicht nur an bereits gelungene Erfahrungen anknüpfen. Sie muss auch Möglichkeiten eröffnen, wo bislang vor allem erlebt wurde, dass Stärke entscheidet oder die eigene Sicht wenig zählt. Das ist keine Bewertung einzelner Familien und kein Defiziturteil über soziale Gruppen. Es ist ein Auftrag an öffentliche Lernräume: Wer sich noch nicht sicher ausdrückt oder mit Widerspruch wenig Erfahrung hat, muss ebenfalls Gelegenheit bekommen, Anliegen zu entwickeln und andere Gründe zu verstehen.

Später zeigt sich das etwa, wenn Eltern einen gefährlichen Schulweg ansprechen oder Auszubildende

[10] Martel / Pennycook / Rand (2020) und Roozenbeek et al. (2022) untersuchten begrenzte Informationssituationen, nicht deutsches Wahlverhalten.

[11] Shields / Sazma / Yonelinas (2016) berichten variierende Befunde zu akuten Stresseffekten je nach Funktion und Untersuchungsbedingungen.

[12] Vgl. die Buchseiten von Stefanie Stahl und Verena König.

[13] Deutschland nahm an SSES 2023 nicht teil; es liegen daher keine deutschen Daten vor. An ICCS 2022 beteiligten sich aus Deutschland Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein; die Befunde sind nicht bundesweit repräsentativ. Ein Grund der deutschen SSES-Nichtteilnahme ist hier nicht belegt.

[14] Die Übertragung des Hinweises der SWK (2024), S. 38, auf die hier beschriebenen frühen Alltagssituationen ist eine konzeptionelle Weiterführung.

eine Regel verändern möchten. Ihre Vorschläge müssen sich nicht durchsetzen. Sie sollten aber erfahren, was geprüft wurde und warum eine Entscheidung fällt. Ein begründetes Nein ist etwas anderes als eine Einladung zum Mitreden, auf die nichts mehr folgt. Die OECD verlangt für Beteiligungsprozesse deshalb eine erkennbare Rückmeldung zur Verwendung der Beiträge.[15]

Solche Erfahrungen brauchen Gelegenheiten zur Reflexion. Was lag tatsächlich in meiner Hand? Welche Interessen musste die Entscheidung berücksichtigen? War der Spielraum so offen, wie es zunächst hieß? Daraus kann eine Einsicht entstehen, die über den Einzelfall hinausweist. Bildung kann diese Übertragung begleiten und ungleiche Lernmöglichkeiten bearbeiten. Fehlende reale Mitsprache oder materielle Abhängigkeit kann sie jedoch nicht durch bessere Gesprächsfähigkeit ersetzen. An dieser Stelle wird die Lernaufgabe zur institutionellen Verantwortung.

6. Institutionen müssen mitlernen

Ein Bürgeramt hört wiederholt, dass die digitale Terminvergabe für manche Menschen zur Hürde wird. Jeder einzelnen Person lässt sich erklären, wie das System gedacht ist. Die Einrichtung könnte aber auch prüfen, wer an welchem Schritt scheitert, eine telefonisch erreichbare Alternative erproben und später untersuchen, ob sie den Zugang verbessert.

Ähnlich könnte eine Schule auf wiederkehrende Verspätungen reagieren. Werden nur Ermahnungen ausgesprochen, bleibt der jeweilige Regelverstoß im Blick. Zeigt sich dagegen, dass mehrere Kinder denselben unzuverlässigen Bus nutzen, wird die Annahme hinter der Reaktion fraglich. Dann wären Gespräche mit dem Träger, eine andere Handhabung der ersten Minuten oder veränderte Regeln zu prüfen. Die Schule muss ihre Verantwortung nicht aufgeben, um aus den Erfahrungen ihrer Schülerinnen und Schüler zu lernen.

Ein Förderprogramm, das geringe Einkommen entlasten soll, kann sein Ziel verfehlen, wenn es hohe Vorleistungen verlangt. Forschung und Verwaltung müssen klären, ob fehlende Information oder eine Finanzierungshürde den Zugang erschwert. Liegt es an der Vorfinanzierung, müssen die politisch Verantwortlichen die Bedingungen prüfen.

In allen drei Fällen braucht es einen Weg zwischen praktischer Erfahrung und Entscheidung. Wer am Schalter oder im Klassenzimmer Probleme wahrnimmt, kann die maßgebliche Regel oft nicht selbst ändern. Wer entscheidet, sieht womöglich nur Fallzahlen. Lernfähigkeit verlangt, dass wiederkehrende Einwände als Hinweise auf die eigenen Annahmen geprüft werden können. Ob eine Korrektur hilft, muss anschließend erneut beobachtet werden.

Wie eine solche Rückmeldung dauerhaft verankert werden kann, zeigt der permanente Bürgerdialog in Ostbelgien. Geloste Bürgerinnen und Bürger hören Fachleute an, beraten und formulieren Empfehlungen. Der zuständige Parlamentsausschuss und das Regierungsmitglied nehmen öffentlich dazu Stellung. Der Bürgerrat verfolgt die Umsetzung; nach etwa einem Jahr wird gemeinsam mit den Beteiligten Bilanz gezogen. Werden Empfehlungen abgelehnt, muss dies begründet werden.[16] Die politische Entscheidung bleibt bei den zuständigen Organen. Der Bildungswert liegt in der Verbindung von Information, Beratung und überprüfbarer Antwort: Unterschiedliche Erfahrungen können in ein gemeinsames Urteil eingehen, während dessen weitere Verarbeitung sichtbar bleibt.

Der Bürgerrat des Bundestages zu „Ernährung im Wandel“ legte 2024 Empfehlungen vor, über die das Parlament beriet. Der Schweizer Bevölkerungsrat 2025 zu steigenden Gesundheitskosten ist ein wissenschaftlich begleitetes Forschungsprojekt. Der Vergleich mit Ostbelgien lenkt den Blick auf die politische Anbindung: Wer antwortet auf Empfehlungen, und wer verfolgt ihre Umsetzung?[17]

Unabhängige Wissenschaft kann Annahmen prüfen und Nebenfolgen sichtbar machen, auch wenn Befunde politischen Absichten widersprechen. Unsicherheiten und unterschiedliche Perspektiven gehören in die Beratung. Über Ziele und tragbare Risiken entscheiden die zuständigen politischen Institutionen.[18]

Das Recht sichert Überprüfung auf andere Weise. Die Verwaltung ist an Gesetz und Recht gebunden; wer durch öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt wird, kann den Rechtsweg beschreiten. Ein Urteil kann eine rechtswidrige Entscheidung korrigieren, auch wenn eine Behörde den Einwand für erledigt hielt.[19] Die politische Aufgabe, die Folgen

[15] Die Alltagssituationen in den Abschnitten 5 und 6 sind illustrative Beispiele. Die OECD (2022) fordert eine Rückmeldung zur Verwendung von Beiträgen.

[16] Die Verfahrensbeschreibung aus Ostbelgien belegt keine einheitliche Lernwirkung bei allen Teilnehmenden.

[17] Bundestag (2024) und Universität Zürich / Universität Genf (2025): Die Verfahren unterscheiden sich in Auftrag, Anbindung und Nachverfolgung; eine gleiche Wirkung wird nicht behauptet.

[18] Zur Rollenklarheit vgl. Wissenschaftsrat (2021) und OECD (2015); zur Freiheit der Wissenschaft Art. 5 Abs. 3 GG.

[19] Gerichtlicher Rechtsschutz gegen rechtswidriges Handeln und die politische Überprüfung rechtmäßiger Entscheidungen sind unterschiedliche Wege der Korrektur.

rechtmäßiger Entscheidungen wahrzunehmen und gegebenenfalls anders zu gestalten, bleibt bestehen.

Die Verantwortung für Bildung ist auch rechtlich verankert. Das Bundesverfassungsgericht hat 2021 aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 7 Abs. 1 GG ein Recht von Kindern und Jugendlichen auf schulische Bildung abgeleitet. Es umfasst einen unverzichtbaren Mindeststandard staatlicher Bildungsangebote, gleichen, diskriminierungsfreien Zugang zu den vorhandenen schulischen Bildungsangeboten und Schutz vor ungerechtfertigten staatlichen Einschränkungen. Welche Anforderungen sich daraus im Einzelnen ergeben, muss konkretisiert werden. Hier können Bildungsforschung und Rechtswissenschaft zusammenarbeiten: Die eine untersucht Lernbedingungen und Benachteiligungen, die andere die daraus folgenden rechtlichen Ansprüche.[20]

Lernfähigkeit braucht Fehlertoleranz – keine Folgenlosigkeit. Eine Einrichtung muss erklären können, warum sie etwas verändert und welche Verantwortung sie übernimmt. Wer Menschen auffordert, eigene Gewissheiten zu prüfen, muss auch die eigenen Regeln befragbar halten. Bildung betrifft hier das professionelle Handeln der Verantwortlichen ebenso wie die Menschen, die einer Einrichtung gegenüberstehen.

7. Lernmöglichkeiten über die Lebensspanne verlässlich machen

Eine Erfahrung mit Mitsprache wird nicht wie ein Zertifikat durchs Leben getragen. Neue Rollen und Abhängigkeiten stellen sie wieder infrage. Demokratische Lernmöglichkeiten müssen deshalb dort erneut zugänglich werden, wo Menschen aufwachsen, eine Ausbildung machen, arbeiten und ihr Leben später neu ordnen. Ihre Verteilung darf nicht davon abhängen, ob eine Familie Zeit, Geld und Kraft für zusätzliche Angebote hat.

Frühe Bildung kann einen weiteren Erfahrungsraum eröffnen. Nach einem Streit lässt sich mit Kindern besprechen, warum eine Lösung gewählt wurde und ob jemand ungehört blieb. Eine wiederkehrende Gesprächszeit macht solche Erfahrungen sichtbar; Bilder oder andere Ausdrucksformen können Kindern helfen, die noch nicht sicher erzählen. Gemeint ist eine altersgerechte Praxis des Begründens, kein vorgezogener Staatsbürgerkundeunterricht.

In der Schule kommen politisches Wissen und gelebte Regeln zusammen. Ein Klassenrat gewinnt für das Lernen, wenn nach einer Entscheidung auf sie zurückgeblickt wird: Was ist aus dem Vorschlag geworden? Waren die Betroffenen beteiligt? Im Fachunterricht kann daran die Frage anschließen, was Mehrheitsentscheidungen rechtfertigt und begrenzt. Die SWK verbindet demokratische Schulentwicklung mit Mitwirkung, fachlichem Lernen und pädagogischer Reflexion. Der Beutelsbacher Konsens gibt dieser Arbeit drei didaktische Leitlinien. Es braucht dafür nicht automatisch ein neues Fach. Sichtbar werden muss aber, wann diese Arbeit stattfindet und wer sie verantwortet.[21]

Beutelsbacher Konsens · Drei Leitlinien

- Nicht überwältigen. Eigenständiges Urteil ermöglichen.
- Kontroverses zeigen. Streitige Positionen und Alternativen sichtbar machen.
- Interessen klären. Die eigene Lage analysieren und Wege zur Einflussnahme prüfen.

Pädagogische Fachkräfte benötigen Zeit und Unterstützung, um Konflikte nachzubereiten und Wissensfragen von Werturteilen zu unterscheiden. Eine Einrichtung kann die dafür vorgesehenen Zeiten in ihrem Konzept benennen, die Verantwortlichen qualifizieren und regelmäßig mit den Beteiligten prüfen, ob diese Möglichkeiten tatsächlich genutzt werden. So wird aus einer Erwartung an einzelne Engagierte ein erkennbarer Bestandteil der Bildungsarbeit.

In der Ausbildung bietet die gemeinsame Auswertung eines Projekts einen anderen Zugang. Wer durfte entscheiden, wessen Hinweis wurde übergangen, wie wurde mit einem Fehler umgegangen? Eine dafür reservierte Gesprächszeit macht aus der Arbeitserfahrung einen Lerngegenstand. Später können moderierte Gespräche über betriebliche Veränderungen denselben Zusammenhang öffnen. Betriebliche Verantwortung und parlamentarische Demokratie sind nicht gleichzusetzen. Die Unterschiede selbst gehören zur Reflexion.

Erwachsene brauchen außerdem erreichbare Orte jenseits ihrer Arbeit: Bibliotheken, Volkshochschulen, Vereine und politische Bildungsangebote. In einem moderierten Gespräch über einen kommunalen Konflikt lassen sich Erfahrungen einordnen und Zuständigkeiten klären. Solche Angebote müssen auch während Sorgezeiten, bei einem Berufswechsel oder

20 Vgl. Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 19.11.2021, 1 BvR 971/21 und 1 BvR 1069/21 („Bundesnotbremse II“), Leitsätze 1 und 2; Hugo et al. (2024): Das neue Bildungsgrundrecht im Spiegel von Empirie und Gerechtigkeitstheorie, S. 56–58; von Elm: Verfassungsfrage, Bildung.Table 490, PDF-S. 2–4.

21 Die konkreten Vorschläge in Abschnitt 7 sind Folgerungen des Impulses aus den Hinweisen der SWK (2024), S. 38–41.

nach dem Erwerbsleben erreichbar bleiben. Der Bildungsbericht 2026 behandelt Ungleichheiten nach sozialer Herkunft über Bildungsphasen hinweg.[22] Daraus folgt kein politisches Defiziturteil; es ist Anlass, bei den Zugängen auf Zeiten, Sprache, Wege und Kosten zu achten.

Auch die Förderpolitik greift diese Frage auf. Die neue Förderrichtlinie für „Demokratie leben!“ vor, Projekte auf der Programmebene Bund direkt an Regelstrukturen wie Kitas, Schulen und Sportvereine anzubinden und Vernetzung sowie Wissenstransfer zu stärken.[23] Die Anbindung allein schafft jedoch noch keine verlässliche Lerninfrastruktur. Dafür müssen Zeit, Personal, Zugänge und Verantwortung dauerhaft gesichert werden; die Lernräume zivilgesellschaftlicher Träger gehören dazu. Entscheidend ist, ob Menschen Erfahrungen reflektieren können und ob ihre Einwände eine überprüfbare Antwort erhalten.

8. Bildung als demokratische Infrastruktur

Der Lernfall endet nicht am Wahlabend. Bis zur nächsten Wahl müssen Parteien und andere Institutionen zeigen, welche Einwände sie geprüft und welche Konsequenzen sie gezogen haben. Bildung schafft dafür verlässliche Gelegenheiten zum Urteilen und Widersprechen. Ihre demokratische Bedeutung zeigt sich auch daran, ob bislang wenig gehörte Menschen Zugang finden. Der Streit bleibt an Menschenwürde und gleiche Rechte gebunden. Ob eine Demokratie lernt, zeigt sich daran, was Menschen und Institutionen hören, prüfen und verändern.

Fünf Thesen

These 1 Wahlergebnisse eröffnen Fragen, sie beantworten sie nicht.

Politische Bildung hilft, Zahlen, Befragungen und eigene Erfahrungen auseinanderzuhalten. Sie fragt nach Interessen, Erklärungen und den Folgen verschiedener Angebote, ohne Menschen auf ein einziges Wahlmotiv festzulegen. Als Lernfall taugt eine Wahl erst, wenn Parteien und Einrichtungen diese Fragen aufnehmen und ihre Antworten überprüfbar machen.

These 2 Mündigkeit braucht Wissen und die Fähigkeit zur Selbstprüfung.

Wer Informationen prüft, muss auch bemerken können, wann Angst, Ärger oder Hoffnung eine Deutung besonders plausibel erscheinen lassen. Solche Urteilskraft entsteht in wiederholten Lerngelegenheiten, in denen Widerspruch erlaubt und begründet wird. Sie ist keine Eigenschaft, die man Menschen nach einer Wahl einfach zuschreibt oder abspricht.

These 3 Demokratische Bildung übt Kontroverse innerhalb gleicher Rechte.

Sie überwältigt Lernende nicht und macht unterschiedliche Positionen sichtbar, wie es der Beutelsbacher Konsens verlangt. Zugleich lässt sie Menschenwürde und gleiche Zugehörigkeit nicht zur bloßen Geschmacksfrage werden. Lernende sollen streiten, Gründe prüfen und erkennen, wo ein politischer Vorschlag die Rechte anderer berührt.

These 4 Mitsprache wird gelernt, wenn sie eine Antwort findet.

Im Klassenrat, in der Ausbildung oder in kommunalen Gesprächen müssen nicht alle Vorschläge übernommen werden. Entscheidend ist, dass Beteiligte erfahren, was geprüft und warum etwas entschieden wurde. Die Reflexion dieser Erfahrung macht aus Teilnahme eine Einsicht in Zuständigkeiten, Grenzen und eigene Handlungsmöglichkeiten.

These 5 Bildung ist auch eine Aufgabe der Institutionen.

Schulen, Verwaltungen und politische Verantwortliche müssen wiederkehrende Einwände sammeln und die Folgen ihrer Regeln untersuchen. Forschung kann ihnen helfen, Erklärungen und Wirkungen zu prüfen; Entscheidung und Begründung bleiben bei den politisch Verantwortlichen. Eine Demokratie lernt zwischen den Wahlen, wenn Menschen urteilsfähiger werden und Einrichtungen Korrektur tatsächlich zulassen.

[22] Bildungsbeteiligung ist kein Maß für politische Einstellungen; der Bildungsbericht 2026 behandelt Bildungsungleichheiten nach sozialer Herkunft.

[23] Kraft, Vera: Demokratie Leben: Neue Förderrichtlinie verdeutlicht neuen Fokus. Bildung.Table, Ausgabe 490, PDF-S. 7–8.

Quellen und Nachweise (Belegstand 2. Oktober 2026)

Quellen und Nachweise (Belegstand 2. Oktober 2026)

Politischer Anlass und institutioneller Rahmen

- CDU Deutschlands (2026): Verantwortung nach Wahl in Sachsen-Anhalt, 07.09.2026. Dokumentation der Äußerungen Friedrich Merz'. https://www.cdu.de/aktuelles/cdu-deutschlands/verantwortung-nach-wahl-in-sachsen-anhalt/
- Forschungsgruppe Wahlen (2026): Wahlanalyse Sachsen-Anhalt 2026, 07.09.2026. https://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Sachsen-Anhalt/
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (1949): insbesondere Art. 1, 5, 19, 20, 21, 38 und 67. Onlinefassung des Deutschen Bundestages, Abruf 02.10.2026. https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz
- Landeswahlleiter Berlin (2026): Abgeordnetenhauswahl, vorläufiges Zweitstimmenergebnis vom 21.09.2026 und Vergleich zur Wiederholungswahl 2023. https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/BE2026/Afspraes/agh/ergebnisse.html
- Landeswahlleitung Sachsen-Anhalt (2026): Landtagswahl am 6. September 2026. Endgültiges Landesergebnis und Sitzverteilung, 22.09.2026. https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt26/erg_land.html
- Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2026): Landtagswahl 2026 – Vorläufiges amtliches Endergebnis, 21.09.2026. https://www.landtag-mv.de/aktuelles/artikel/landtagswahl-2026-vorlaeufiges-amtliches-endergebnis
- Landtag Sachsen-Anhalt (2026): Novellierte Regeln für den Parlamentsbetrieb, 23.04.2026. https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/artikel/novellierte-regeln-fuer-den-parlamentsbetrieb
- Landtag Sachsen-Anhalt (2026): Wie entsteht die neue Landesregierung? Dossier zur Landtagswahl. https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/alle-dossiers/landtagswahl-am-6-september-2026/wie-entsteht-die-neue-landesregierung-kopie-1
- Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt (o. J.): Verfassungsschutz, Themenfeld Rechtsextremismus, „Rechtsextremistische Parteien". Abruf 02.10.2026. https://mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz/themenfelder/page/rechtsextremismus
- ZDF / Landeswahlleitung Sachsen-Anhalt (2026): Endergebnis und Gewinne/Verluste gegenüber 2021, Grafikstand 22.09.2026. https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/wahl-sachsen-anhalt-waehlerwanderung-afd-waehler-waehlerstroeme-100.html

Forschung, Bildung und öffentliche Resonanz

- Abs, Hermann Josef / Hahn-Laudenberg, Katrin / Deimel, Daniel / Ziemes, Johanna F. (Hg., 2024): ICCS 2022. Schulische Sozialisation und politische Bildung von 14-Jährigen im internationalen Vergleich. Münster: Waxmann. DOI: 10.31244/9783830998228. https://doi.org/10.31244/9783830998228
- Autor Bildungsberichterstattung (2026): Bildung in Deutschland 2026. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildungsungleichheiten nach sozialer Herkunft. Bielefeld. https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2026
- Bundesverfassungsgericht (2021): Beschluss des Ersten Senats vom 19. November 2021, 1 BvR 971/21 und 1 BvR 1069/21 („Bundesnotbremse II"), Leitsätze 1 und 2.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Beutelsbacher Konsens. https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/
- Council of Europe (2018): Reference Framework of Competences for Democratic Culture. Vol. 1: Context, concepts and model. Strasbourg. https://www.coe.int/en/web/reference-framework-of-competences-for-democratic-culture
- Deutscher Bundestag (2024): Bundestagsdebatte über Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel", 14.03.2024. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw11-de-buergergutachten-991076

- von Elm, Kirstin (2026): Verfassungsfrage: Was ein Grundrecht auf Bildung für Schulqualität, Chancengleichheit und Demokratie bedeutet. Bildung.Table, Ausgabe 490, PDF-S. 2–4.
- Hugo, Julia / Berkemeyer, Nils / Helbig, Marcel / Nicolai, Zoe (2024): Das neue Bildungsgrundrecht im Spiegel von Empirie und Gerechtigkeitstheorie. Die Deutsche Schule 116(1), 52–69. DOI: 10.31244/dds.2024.01.04. https://doi.org/10.31244/dds.2024.01.04
- Kant, Immanuel (1784): Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? Historischer Text, German History in Documents and Images. https://germanhistorydocs.org/de/das-heilige-roemische-reich-1648-1815/immanuel-kant-beantwortung-der-frage-was-ist-aufklaerung-1784
- König, Verena (2024): Trauma und Beziehungen. Buchseite und Angaben zur Resonanz. https://www.verenakoenig.de/buecher/trauma-und-beziehungen/
- Kraft, Vera (2026): Demokratie Leben: Neue Förderrichtlinie verdeutlicht neuen Fokus. Bildung.Table, Ausgabe 490, PDF-S. 7–8.
- Martel, Cameron / Pennycook, Gordon / Rand, David G. (2020): Reliance on emotion promotes belief in fake news. Cognitive Research 5, 47. DOI: 10.1186/s41235-020-00252-3. https://doi.org/10.1186/s41235-020-00252-3
- OECD (2015): Scientific Advice for Policy Making: The Role and Responsibility of Expert Bodies and Individual Scientists. Science, Technology and Industry Policy Papers 21. DOI: 10.1787/5js33l1jcpwb-en. https://doi.org/10.1787/5js33l1jcpwb-en
- OECD (2022): OECD Guidelines for Citizen Participation Processes. Paris. DOI: 10.1787/f765caf6-en. https://doi.org/10.1787/f765caf6-en
- OECD (2024): Social and Emotional Skills for Better Lives. Findings from the OECD Survey on Social and Emotional Skills 2023. Paris. DOI: 10.1787/35ca7b7c-en. https://doi.org/10.1787/35ca7b7c-en
- OECD (o. J.): Programme for International Student Assessment (PISA). Programmbeschreibung. Abruf 02.10.2026. https://www.oecd.org/en/about/programmes/pisa.html
- Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (o. J.): Permanenter Bürgerdialog in Ostbelgien. Ablauf der Bürgerversammlungen und Berichterstattung zur Umsetzung der Bürgerempfehlungen. Abruf 30.09.2026. Ablauf: https://www.buergerdialog.be/buergerversammlungen/was-sind-buergerversammlungen/ Berichterstattung: https://www.buergerdialog.be/hintergrund/berichterstattung/
- Roozenbeek, Jon et al. (2022): Psychological inoculation improves resilience against misinformation on social media. Science Advances 8(34), eabo6254. DOI: 10.1126/sciadv.abo6254. https://doi.org/10.1126/sciadv.abo6254
- Shields, Grant S. / Sazma, Matthew A. / Yonelinas, Andrew P. (2016): The effects of acute stress on core executive functions: A meta-analysis and comparison with cortisol. Neuroscience & Biobehavioral Reviews 68, 651–668. DOI: 10.1016/j.neubiorev.2016.06.038. https://doi.org/10.1016/j.neubiorev.2016.06.038
- Stahl, Stefanie (2025): Das Kind in dir muss Heimat finden. Jubiläumsausgabe, Buchseite und Angaben zur Verbreitung. https://www.stefaniestahl.de/buecher/das-kind-in-dir-muss-heimat-finden-jubilaeumsausgabe/
- Ständige Wissenschaftliche Kommission der KMK (2024): Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung. Stellungnahme, 27.06.2024. https://swk-bildung.org/content/uploads/2024/06/SWK-2024-Stellungnahme_Demokratiebildung.pdf
- Universität Zürich / Universität Genf (2025): Bevölkerungsrat 2025, Projekt und Ablauf. https://www.pnyx25.uzh.ch/de/FAQ.html
- Wissenschaftsrat (2021): Wissenschaftskommunikation. Positionspapier, Drs. 9367-21. https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/9367-21.pdf
- Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico / Eden, Marco (Hg., 2025): Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. Für die FES hg. von Franziska Schröter. Bonn: Dietz. https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&f=159776&t=f&token=c046b94f061255878306ea930e95f1bee68c2006